



*Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 29.10.2020,
die vom 2. Bgm. Patrick Schneider (GAL) geleitet wurde,
und in der sämtliche Beschlüsse einstimmig fielen.*

Erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit wird vertieft

Architekt wird bei Sanierungen beraten

Einstimmig beschloss der Rat, Beratungsleistungen zur Sanierungsbetreuung in das Sanierungsprogramm aufzunehmen und in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Gemeinden Schondorf und Greifenberg durchzuführen. Hierzu wird ein Architekturbüro beauftragt werden, dessen Beratungsleistungen den interessierten Bauherren im Sanierungsgebiet zur Verfügung stehen. Der Gemeinderat stimmte auch den Abrechnungsmodalitäten zu, wonach die Kosten anteilig zwischen den Gemeinden mit dem Schlüssel 50% Untersuchungsgebiet und 50% Einwohnerzahl zu. Der Freistaat wird die Kosten mit 80% bezuschussen.

Homepage für Gewerbe und Handel

In ebenfalls interkommunaler Zusammenarbeit kann eine Homepage zur Vernetzung ansässiger Gewerbe- und Handelsbetriebe entwickelt werden. Die Kosten werden vom Freistaat mit üppigen 85 % bezuschusst, so dass auf Utting Kosten von ca. 2.400,- Euro zu kommen. Der Rat stimmte einstimmig zu, den entsprechenden Förderantrag zu stellen.

Kommentar:

Das steht und fällt natürlich mit der Pflege der künftigen Internetseite.

Eine veraltete Seite ist für alle Beteiligten peinlich und schadet mehr als sie nutzt.

Holzhausen bald „Europäische Künstlerkolonie“?

Utting unterstützt den Antrag auf Aufnahme in den „Verbund europäischer Künstlerkolonien euroArt“

Kunst- und kulturinteressierte Holzhauser Bürger gründen derzeit eine Stiftung mit dem Namen „JES Kulturstiftung Holzhausen“. Diese möchte Mitglied werden in der "Europäischen Vereinigung von Künstlerkolonien", ein Zusammenschluss von derzeit 42 Künstlerkolonien in 12 europäischen Ländern. (<https://www.euroart.eu/>) Aus dem bayerischen Raum sind dort bisher die Künstlerkolonien Dachau, Murnau und Prien vertreten.

Von Seiten der Stiftungsgründer wurde bei der Gemeinde angefragt, ob der Antrag an EuroArt gemeinsam mit der Gemeinde gestellt werden kann, um den Entscheidungsträgern dort auch die Bedeutung für die Gemeinde darzulegen. Dies wurde vom Rat einstimmig befürwortet.

Heizungen in Schule und Campingplatz werden erneuert

Böse Elektro-Überraschungen im Schulgebäude

Der Gemeinderat nahm einstimmig zur Kenntnis, dass Bürgermeister Hoffmann (CSU/LW) in Form einer dringlichen Anordnung Aufträge für zusätzliche Arbeiten an der Elektroninstallation und der BMA (Brandmeldeanlage) erteilt hat, die Kosten von ca. 29.000,- Euro verursachen. Wie der Kämmerer Herr Zarbo mitteilte, habe sich die Notwendigkeit der Arbeiten während der bereits laufenden Heizungssanierung kurz nach der letzten Gemeinderatssitzung ergeben. So fehlten ein FI-Schutzschalter, Leitungen stammten aus den 1950er-Jahren und die BMA sei mit einer neuen Sicherheitsbeleuchtungsanlage auszustatten. Ohne die zusätzlichen Aufträge hätten die Arbeiten an der neuen Heizung eingestellt werden müssen.

Kommentar:

Man fragt sich schon, wozu die Gemeinde ein Ingenieurbüro bezahlt, das die Arbeiten plant. Schließlich sind die Mängel an der Elektrik nicht irgendwo aus dem Verborgenen aufgetaucht, sondern sollten für einen fähigen Sanierungsplaner erkennbar gewesen sein.

Umweltfreundliche Schulheizung - Bund zahlt erheblichen Zuschuss

Die neue Heizung in der Schule wird so umweltfreundlich gebaut, dass sie unter das Förderprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie fällt, welches der Gemeinde einen Zuschuss von immerhin 119.532,- Euro zahlt.

Neue Heizung für den Campingplatz wird teurer als geplant

Für die neue Heizung im Sanitärgebäude des Campingplatzes wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt, in welcher 15 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden. Insgesamt sind nur 3 Angebote eingegangen, wobei die Fa. Nikolaus Ring GmbH aus Raubling-Reischenart als wirtschaftlichster und günstigster Bieter mit einer Angebotssumme von 141.630,32 Euro (bei 16% Ust.) einstimmig den Zuschlag erhielt.

Fa. Siemens AG, München, erhielt zum Angebotspreis von 25.908,73 Euro brutto den Auftrag zur Erneuerung der MSR-Technik des Campingplatzes.

Die Ausgaben sind 50.539,05 Euro höher als im Haushalt geplant. Die Erneuerung der Heizung ist dennoch unabweisbar da Reparaturen nicht mehr wirtschaftlich gewesen wären.

Kein Zuschuss für „LandsbergHistoryApp“

Einstimmig lehnte der Rat einen Zuschussantrag der „KunstBauStelle e.V.“ über insgesamt 8000,- Euro ab, mit dem die „LandsbergHistoryApp“ entwickelt werden sollte. Es bestand Einigkeit, dass es interessant sein könnte, historisch bedeutsame Orte mittels einer App auf den Smartphones sichtbar zu machen und zu erläutern, der Antrag jedoch zu unstrukturiert war, um zustimmen zu können. Außerdem schien den Räten die Finanzierung des Projekts zu ungewiss, um bereits Gelder auszahlen zu können.

Kommentar:

Satz mit „x“: „War wohl nix!“ Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

2500 Euro für die Blasmusikfreunde

Einstimmig beschloss der Rat, den Blasmusikfreunden Utting am Ammersee für die Erneuerung der Frauentrachten einen Zuschuss von 2.500,- € zu gewähren, was etwa einem Viertel der Kosten entspricht.

Kommentar:

Das ist nur recht und billig. Schließlich haben auch andere Vereine in jüngerer Vergangenheit gemeindliche Zuschüsse bekommen: Der Tennisclub Utting hat im Jahr 2016 für die Erneuerung der Heizanlage ein Zuschuss in Höhe von 2.500 Euro erhalten und in diesem Jahr eine Zusage über weitere 4.700 Euro für den Bau der neuen Tenniswand. Die Schützengesellschaft Ammersee Utting erhielt Jahr 2016 für die Erneuerung der Heizung einen Zuschuss von 5.000 Euro und im Jahr 2019 nochmals 2.500 Euro für die Verbesserung der Schießanlage. Uttings reges Vereinsleben ist uns das wert.

SPD-Antrag auf Fahrradschutzstreifen gescheitert

Die SPD hatte bereits im September einen Antrag zur Errichtung von Fahrradschutzstreifen in der Fahrmannsbachstraße, Dießener Straße, Schondorfer Straße, Landsberger Straße und Auraystraße gestellt. Der Antrag wurde mehrmals beraten und jeweils auf Grund der noch fehlenden Stellungnahme des staatlichen Bauamts zurückgestellt. Diese lag nun vor. Danach muss die verbleibende Fahrbahn für die Autos mindestens 4,50m und die Radschutzstreifen jeweils mindestens 1,25m breit sein. Demzufolge müsste eine durchgehende Gesamtfahrbahnbreite von mindestens 7,00m, besser 7,50m gegeben sein, was in Utting nicht der Fall ist. Dies wurde vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Utting wird Mitglied im Landschaftspflegeverband

Einstimmig beschloss der Rat, dass Utting dem neu gegründeten Landschaftspflegeverband „Landsberg am Lech“ beitrifft. Zweck des vom Landkreis initiierten und vom Kreistag einstimmig beschlossenen Verbands ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Kommentar:

Das macht bei uns bereits seit Jahrzehnten die Teilnehmergeinschaft („TG“) sehr erfolgreich. Schön, dass man nun auch im Landkreis darauf kommt.

Breitbandausbau der Telekom abgeschlossen

Die Deutsche Telekom teilte mit, dass der Breitbandausbau im Gemeindegebiet Utting abgeschlossen wurde. Utting hat dafür – insbesondere für die Versorgung weit abgelegener Anwesen – ca. 340.000,- Euro gezahlt, und 236.000,- Euro an staatlichen Zuschüssen erhalten.

Haushalte von Kinderhort und Kinderhaus genehmigt

Einstimmig billigte der Rat die Haushaltspläne des AWO Kinderhorts „Seestrolche“ und vom „Telos Kinderhaus“.

42 Kinder im Hort

Der AWO Kinderhort „Seestrolche“ geht für das kommende Jahr von durchschnittlich 42 betreuten Kindern aus (Vorjahr 35 Kinder). Dadurch ergibt sich eine Erhöhung der Förderung nach dem BayKiBiG auf (zweimal) 72.746,71 € (Haushaltsplan 2020: 58.147,08 €), wobei der Freistaat und die Gemeinde Utting jeweils diesen Betrag zahlen. Für Utting kommen unter anderem die Ausgaben für den Gebäudeunterhalt und die laufenden Betriebskosten hinzu. Trotz höherer Erlöse (Elternbeiträge 82.255,20 Euro, und o.g. Zuschüsse nach dem BayKiBiG) müsste die Gemeinde Utting nach dem Haushaltsplan 2021 einen zusätzlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 26.135,17 € entrichten. In den Vorjahren wurden die kalkulierten Kosten jedoch jeweils erheblich unterschritten und kein Zuschuss nötig. Der Rat diskutierte daher keine Erhöhung der Elternbeiträge.

56 Kinder im Telos-Kindergarten

Das „Telos-Kinderhaus“ in Holzhausen geht für das kommende Jahr von durchschnittlich 56 Kindern (Vorjahr: 42 Kinder) aus. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2020 erhöht sich insbesondere der Personalaufwand wegen der seit September 2020 neu geschaffenen „altersgemischten-Gruppe“. Darüber hinaus erhöht sich der allgemeine Aufwand wegen der geplanten Erweiterung in 2021. Bei Zuschüssen nach dem BayKiBiG von 245.148,50 € (im Jahr 2020: 120.258,18€) seitens des Freistaats und von 188.565,- € (2020: 108.934,85€) von der Gemeinde, wird ein Überschuss von 6.930,- € erwirtschaftet, mithin kein weiterer gemeindlicher Betriebskostenzuschuss erforderlich. Auch hier steht keine Erhöhungen der Elternbeiträge auf dem Programm.

Kommentar:

Die Betreuung unserer Kleinsten ist allen KollegInnen am Tisch ein Herzensanliegen. Deshalb wird mit Hochdruck an der notwendigen Erweiterung des Telos-Kindergartens gearbeitet. Deshalb wird der Kindergarten auf der Ludwigshöhe mit einem Millionenaufwand saniert und erweitert. Und deshalb knausern wir nicht bei den Zuschüssen – die dank der sparsamen Wirtschaftsweise unserer Einrichtungen überschaubar bleiben.

Kindergartenprovisorium braucht Architekt

Einstimmig beschloss der Rat, für die Planungsleistung zur Errichtung des temporären Kindergartens in Containerbauweise das Architekturbüro Spengler, welches bereits mit der Sanierung und dem Ausbau des Kindergartens betraut ist, für eine Auftragssumme pauschal in Höhe von 70.000 € netto zu beauftragen.

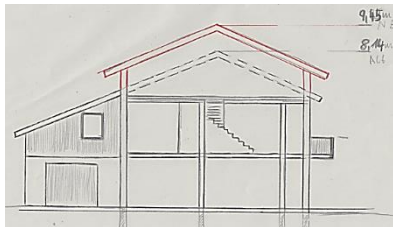
Bausachen:

Bebauungsplan Mentergelände:

Einstimmig revidierte der Rat seinen Beschluss aus der letzten Sitzung, wonach ein Pflanzstreifen von bisher 4,5m (im Süden und Südwesten) zu erhalten sei. Nachdem der Bauwerber sein Begehren erklärt hat (die freien Gartenflächen wären teilweise unter 3m breit geworden) stimmte der Rat zu, die Pflanzstreifen auf 3,0 m im Süden und auf 4,0 m im Südwesten zu verringern.

Kommentar:

Die Diskussion der letzten GR-Sitzung (uttilo-online berichtete) war schwierig, weil vorher keine Bauausschusssitzung stattgefunden hatte. Die Fragen, die erst am Ratstisch auftauchten, wären vorher beraten und geklärt und das (durchaus nachvollziehbare) Anliegen des Bauwerbers deutlich geworden.



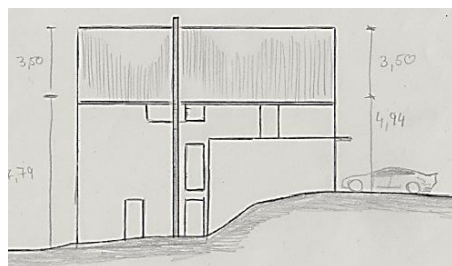
Schnitt, Ansicht West (Zeichnung: Jakob Kettler)

Jahnstr. 14 (zwei mal):

Ausbau des Dachgeschosses mit Anhebung des Dachs, einer Außentreppe im EG-OG und eines Carports sowie Anbau eines Ateliers mit Dachterrasse. Jeweils Zustimmung (einstimmig)

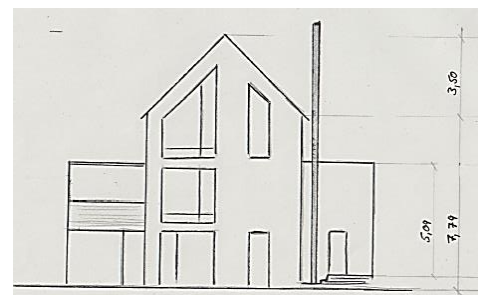
Holzhauser Str. (noch ohne Hausnr., ggü Nr. 4)

Neubau eines Einfamilienhauses mit den Maßen 13,22m x 7,01m bei einer Wandhöhe 4,94m und einer Firsthöhe 8,44m. Das Gelände ist stark abschüssig, so dass das Kellergeschoss auf der Talseite wie ein Erdgeschoss wirkt.



Ansicht Nord (Zeichnung Jakob Kettler)

Es werden 3 Grundstücke zusammengelegt, daher hat das Anwesen noch keine Hausnummer. Zustimmung (einstimmig)



Ansicht Ost (Zeichnung: Jakob Kettler)

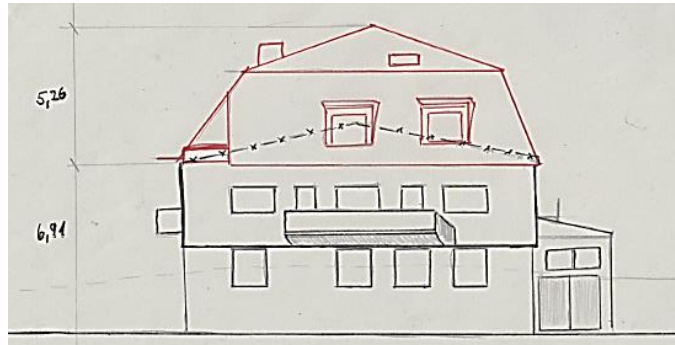
Ludwigstr. 17/19

Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses und eines Doppelhauses. Der Rat verweigerte einstimmig das Einvernehmen, da die Giebel entgegen der Ortsgestaltungssatzung nicht zur Straße ausgerichtet werden sollen. Peter Liebner (CSU) wies darauf hin, dass es sich bei dem abzureissenden Gebäude um eines der ältesten Uttings handelt. Renate Standfest (GAL) warf daraufhin die Frage auf, ob nicht mittels einer

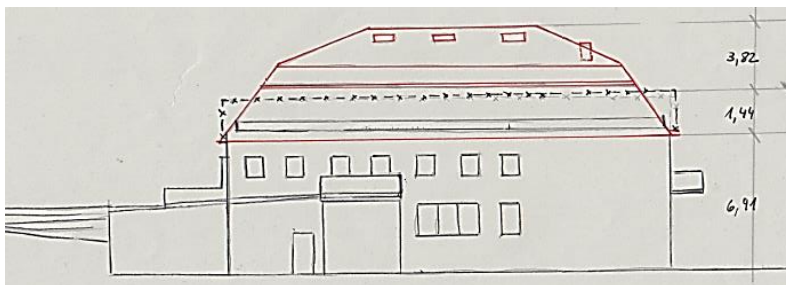
Veränderungssperre der Abriss verhindert werden könnte. Außerdem liegt das Bauvorhaben im Bereich unseres neuen Sanierungsgebiets. Der einstimmige Beschluss wird darauf hinweisen. Eine Veränderungssperre ist derzeit nicht erforderlich, da erst eine Bauvoranfrage und noch kein Bauantrag gestellt wurde. Sie kann aber noch erlassen werden.

Elisabethweg 2a

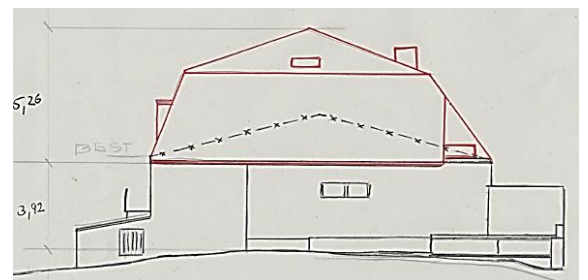
Aufstockung und Ausbau des Dachgeschosses einer Gewerbehalle mit „Krüppelwalmdach“ bei einer Wandhöhe von 8,92m und einer Firsthöhe von 12,18m. Das Dachgeschoss wirkt wie ein zweites Obergeschoss, soll aber auf Grund der Dachform keines sein. Karl Wilhelm (CSU) wies darauf hin, dass die Vorschriften der Ortsgestaltungssatzung bezüglich der Loggien nicht eingehalten werden. Dies wurde ebenso in den Beschluss aufgenommen wie der Hinweis, dass das Dach mit Ziegeln einzudecken ist, im Übrigen wurde zugestimmt (einstimmig)



Ansicht Ost (Zeichnung: Jakob Kettler)



Ansicht Süd (Zeichnung Jakob Kettler)



Ansicht West (Zeichnung Jakob Kettler)

**Nächste Gemeinderatssitzung Do., 17.12.2020,
vorauss. 19:30 Uhr, Schulturnhalle**

Peter Noll



Pressemitteilung der Grünen Jugend Landsberg am Lech:

Die Grüne Jugend Landsberg am Lech hat sich am Donnerstag den 27.11.2020 zu einer Online-Versammlung getroffen.

Dabei hat sich besonders das Thema Feuerwerke in der Silvesternacht herauskristallisiert. „Silvesterfeuerwerke führen nicht nur zu einer enormen Belastung unserer schönen Landschaft durch Müll, sondern auch zu einer hohen Luftverschmutzung u. A. mit Feinstaub, was Atemwegserkrankungen wie Asthma hervorrufen kann. Ganz zu schweigen von den 2.400 Tonnen Kohlenstoffdioxid, die allein an Silvester im wahrsten Sinne des Wortes „in die Luft geballert“ werden und den Klimawandel weiter beschleunigen.“, gibt Eden Kalaycioglu, Sprecher der Grünen Jugend Landsberg zu bedenken.

*Ina Verhülsdonk, Sprecherin der Grünen Jugend Landsberg, sorgt sich: „Tiere und z.B. Menschen mit sensiblem Gehör sind durch die Lärmbelästigung unnötigen Leiden ausgesetzt. Um die sowieso schon belastet Pflege- und Rettungskräfte zu entlasten, und im Namen unserer Gesundheit, appelliere ich alle Bürger*innen des Landkreises auf Silvesterfeuerwerk zu verzichten. Langfristig wünschen wir uns Silvesterfeuerwerke durch alternative Veranstaltungen wie Lichtershow oder kulturelle Veranstaltungen ersetzt werden.“*